



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 14. Dezember 2018

Band 12, Ausgabe 21

## Themen

**Gesundheit**

**Wirtschaft**

**Bundesparteitag**

**«Ich weiß sehr wohl, dass ich Eure Nerven damit sehr auf die Probe gestellt habe.»**

(Bundeskanzlerin Angela Merkel an die Delegierten des CDU-Parteitags am Freitag in Hamburg über ihre Art, nicht auf jede Attacke des politischen Gegners gleich wortreich zu reagieren.)

**In dieser Ausgabe:**

Bundeswehr	2
Nach dem Bundesparteitag	2
Dieselfahrverbote	3
Entwurf Fachkräfteeinwanderungsgesetz umstritten	3
Sonderprogramm für Glasfaserausbau	3
Gesundheitsversorgung verbessern	4

## Bundesparteitag und Sitzungswoche

Die Delegierten des CDU-Bundesparteitags haben Annegret Kramp-Karrenbauer nach einem intensiven Wahlkampf zur neuen Vorsitzenden der CDU gewählt. Der Parteitag hat mit Paul Ziemiak ein Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum neuen Generalsekretär bestimmt. Ich gratuliere beiden herzlich.

Wichtig ist, den frischen Wind, der durch die Kandidaturen von Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn aufkam, weiter aufzufrischen, und auch für bessere Wahlergebnisse unserer Union insgesamt zu nutzen.

Wir haben in diesem Herbst viele konkrete Verbesserungen für die Bürger und unser Land auf den Weg gebracht: Das Baukindergeld und die Anpassung des Mietrechts, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir investieren weiter massiv in die innere und äußere Sicherheit, Bundespolizei und Bundeswehr bekommen mehr Geld.

Wir entlasten die Bürgerinnen und Bürger, indem die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner künftig weniger Kassenbeiträge bezahlen; Familien erhalten ab dem 1. Juli 2019 ein höheres Kindergeld, die kalte Progression



bauen wir auch 2019 ab. Die Mütterrente wird erhöht für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Zudem sorgen wir für 13.000 neue Pflegestellen.

Auch in dieser Woche haben wir die Politik konkreter Fortschritte mit dem Gute-Kita-Gesetz fortgesetzt. Der Bund stellt den Ländern insgesamt 5,5 Milliarden Euro bis 2022 zur Verfügung. Damit setzt der Bund seine massive Hilfe für Länder und Kommunen für bessere Kindergärten fort: In den letzten 10 Jahren hat der Bund

bereits 11 Milliarden Euro in Kitas und ihren Betrieb investiert. Im Gute-Kita-Gesetz wird ein Katalog von Qualitätskriterien genannt wie etwa ein besserer Betreuungsschlüssel (zahlenmäßiges Verhältnis Erzieher – Kinder), Gewinnung und Sicherung qualifizierter

Erzieher oder die Ausweitung der Öffnungszeiten. Jedes Land analysiert die Lage der Kitas und entwickelt in eigener Verantwortung Handlungsfelder

und Kriterien, wie die Qualität verbessert werden kann.

Zudem sehen wir vor, dass die Elternbeiträge sozialverträglich gestaffelt werden.

Die SPD möchte zwar das Geld auch für die Gebührenfreiheit des Kita-Besuchs verwenden. Wir appellieren an die Länder, das Geld vor allem in die Verbesserung der Qualität zu investieren. Denn Kinder sollten nicht nur verwahrt werden, sondern Erzieher sollten wirklich Zeit für unsere Kleinsten haben. Genau das erwarten die Eltern.

## Bundeswehr

Diese Woche hat der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestag den Jahresbericht 2017 im Plenum vorgestellt. Es geht darin vor allem um Lücken bei Personal und Material in allen Bereichen der Bundeswehr:

Oberhalb der Mannschaftsebene seien 21.000 Dienstposten von Offizieren und Unteroffizieren nicht besetzt. Aufgrund gleichzeitiger Einsätze zur Krisenbewältigung und von neuen Aufgaben bei der Landes- und Bündnisverteidigung spricht der Bericht von einer Überlast für die Bundeswehr, beispielsweise in Teilen der Marine oder bei den Hubschrauberverbänden von Heer und Luftwaffe.

Der Jahresbericht beschäftigt sich vertieft auch mit den Grundfragen der inneren Führung und auch mit einzelnen Fällen, die im vergangenen Jahr besondere Beach-

tung gefunden hatten: Pfullendorf, Illkirch, Sondershausen und Munster. Der Bericht erkennt die Unterschiedlichkeit der Fälle an und beschäftigt sich mit Ursachen und Folgen. Hierbei sei es zuweilen auch zu vorschnellen Konsequenzen gekommen.



Quelle: Deutscher Bundestag

Die Oppositionsfraktionen im Bundestag haben sich im Zusammenhang mit den vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegebenen Beraterverträgen am Donnerstag für die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ausgesprochen.

Es ist wichtig, Transparenz in

die aktuelle Diskussion über Beratungsleistungen des Verteidigungsministeriums zu bringen, und die auch vom Bundesrechnungshof kritisch gesehene Vergabe aufträgen im Wert von insgesamt über 700 Mio. Euro aufzuklären.

Das Ministerium hat in den zurückliegenden Sondersitzungen des Verteidigungsausschusses sehr ausführlich zu den Vorwürfen Stellung genommen. Offensichtlich ist es bei der Vergabe von einzelnen Beratungsleistungen zu Rechtsverstößen gekommen. Das ist nicht hinnehmbar. Das Verteidigungsministerium hat in der Folge Schritte unternommen, um die Missstände aufzuklären und Kontrollmechanismen verbessert. Das begrüßen wir. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der SPD, prüfen wir nun Schritte zur konstruktiven Begleitung des Aufklärungsprozesses.

## Nach dem Bundesparteitag

Der Gewinner des politischen Kandidatenwettbewerbs der zurückliegenden Wochen ist zunächst einmal die CDU. Die Partei wirkt beflügelt. Der Parteitag war ein Fest der Demokratie. Die Umfrageergebnisse weisen wieder nach oben.

Die Kandidaten haben auf den Regional Konferenzen viel diskutiert und durchaus unterschiedliche Impulse gesetzt. Und auch viele Mitglieder in



den Orts- oder Kreisverbänden sind gerade deshalb wieder intensiv in die Debatte politisch brisanter Themen eingestiegen.

Im Ergebnis zeigt das heute: Wir sind eine Volkspartei! Bei uns gibt es ein breites Meinungsspektrum. Annegret Kramp-Karrenbauer muss jetzt intensiv daran arbeiten, alle wieder zusammenzuführen. Alle Mitglieder müssen sich wertgeschätzt

fühlen, egal ob wirtschaftsliberal, konservativ oder christlich-sozial. Es muss mehr über strittige Punkte debattiert werden. Am Ende müssen dann natürlich alle an einem Strang ziehen.

Ich hoffe deshalb, dass Friedrich Merz an prominenter Stelle weiter mitmachen kann, und in die Sacharbeit in geeigneter Weise einbezogen wird. Er hat gerade bei Themen wie Wirtschaft und Innere Sicherheit viele gute Impulse gesetzt und sehr viele Mitglieder sind von seinen Positionen überzeugt.

## Dieselfahrverbote

Diese Woche haben wir in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Umsetzung des Konzepts für saubere Luft in unseren Städten beraten. Wir wollen damit die individuelle Mobilität in unseren Städten erhalten und Fahrverbote in Städten künftig verhindern.



Wir regeln, dass Verkehrsverbote in Gebieten unverhältnismäßig sind, in denen der Stickstoffdioxidwert von 50

Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel nicht überschritten wird. Daher stellen wir klar, dass der europarechtlich vorgegebene Luftqualitätsgrenzwert mit Hilfe der von der Bundesregierung bereits beschlossenen Maßnahmen auch ohne Verkehrsverbote eingehalten werden kann.

Diesel-PKW mit geringen Stickstoffoxidemissionen (Euro 4- und Euro 5-Fahrzeuge, die im

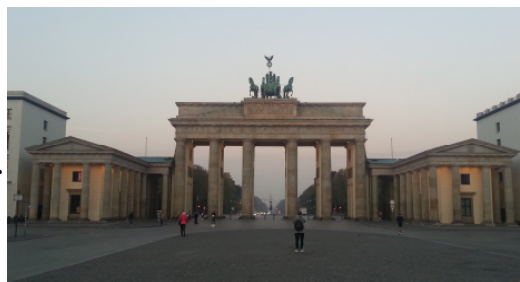
realen Fahrbetrieb Stickstoffoxidemissionen von weniger als 270 Milligramm pro Kilometer ausstoßen, sowie Euro 6-Fahrzeuge) sollen ebenfalls mit Blick auf die Verhältnismäßigkeit von derartigen Verkehrsverboten ausgenommen werden. Weitere Ausnahmetatbestände umfassen Nutzfahrzeuge, vor allem solche, deren Nachrüstung mit Emissionsminderungssystemen aus öffentlichen Geldern gefördert wurde. So schaffen wir die erforderliche Rechtssicherheit für Fahrzeuge mit einer geeigneten Hardware-Nachrüstung.

## Entwurf Fachkräfteeinwanderungsgesetz umstritten

Während Wirtschaftsverbände wie die Fachverbände des Verkehrsgewerbes den von der Bundesregierung vorgelegte Referentenentwurf des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes begrüßen, stößt dieser bei einigen Kollegen auf Vorbehalte.

Zentraler Punkt der Kritik ist die vorgesehene Erlaubnis, dass Migranten auch ohne Zusage eines Arbeits- oder Ausbildungsplatzes ein hal-

bes Jahr nach Deutschland einreisen dürfen.



So suggeriert der Gesetzentwurf zwar den Zuzug ausgebildeter Fachkräfte in Mangelberufen.

Faktisch steht jedoch eine erhebliche Zuwanderung in den Niedriglohnsektor und in die Grundsicherung zu befürchten. Dadurch werden nicht nur unsere Qualitätsstandards, sondern auch unser Sozialsystem gefährdet.

Darüber hinaus ist auch der sogenannte „Spurwechsel“ weiter umstritten, da damit Arbeits- und Asyilmigration vermischt wird, was nicht unbedingt das Ziel sein sollte.

## Sonderprogramm für Glasfaserausbau

Nach dem Relaunch der Breitbandförderung des Bundes in diesem Sommer liegt nun ein weiterer wichtiger Baustein zur Erreichung der Gigabit-Ziele des Koalitionsvertrages vor: die Sonderprogramme für eine Gigabit-Versorgung von Schulen, Krankenhäusern und Gewerbegebieten.

Bislang war eine Förderung dieser Einrichtungen nur möglich, wenn diese in den weißen Fle-

cken der Breitbandversorgung lagen. Künftig können alle Schulen, Krankenhäuser und Gewerbegebiete ohne Gigabitversorgung zügig an das Glasfasernetz angeschlossen werden, auch wenn sie in einem graue Flecken-Gebiet liegen. Einzige Voraussetzung für die Förderung ist: Der Markt stellt keine entsprechende Anbindung zur Verfügung.

Wenn alle Beteiligten engagiert zusammenarbeiten, können wir

noch in dieser Legislaturperiode bei den genannten Einrichtungen zu einer Vollversorgung mit Glasfaser kommen.

Anträge in den Sonderprogramme können über:

[www.breitbandausschreibungen.de](http://www.breitbandausschreibungen.de)

gestellt werden. Die Anträge werden kontinuierlich beschieden. Die Aufrufe sind nicht befristet



AXEL E. FISCHER  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

**«Ich habe Wahlen gewonnen mit 40 Prozent für die CDU und rund sechs Prozent für die AfD. Der eine traut sich's zu. Die andere hat's bewiesen. Das ist der Unterschied.»**

(CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer in der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung» zur Aussage von Friedrich Merz, er halte einen Wiederantrieb der CDU in den Bereich von 40 Prozent für möglich)

## Gesundheitsversorgung verbessern

Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz, das wir diese Woche in erster Lesung debattiert haben, soll die medizinische Versorgung aller versicherten Patienten weiter verbessert werden.

Um Wartezeiten auf einen Arzttermin zu verkürzen, wollen wir zunächst die Terminservicestellen ausbauen, die bereits heute dabei helfen, Patienten einen Termin beim Arzt zu vermitteln. Patienten in Akutfällen sollen künftig über diese Stelle einen direkten Termin - entweder in einer normalen Arztpraxis, in einer Portal- oder Bereitschaftsdienstpraxis oder in einer Notfallambulanz - vermittelt bekommen. Die Terminservicestelle sollen unter der bundesweit einheitlichen Rufnummer 116117 in Zukunft 24 Stunden täglich an sieben Tagen in der Woche erreichbar sein.

Die Wartezeiten auf einen Arzttermin wollen wir natürlich auch in den Fällen verringern, in denen kein akuter Bedarf besteht. Deshalb sollen diese Stellen künftig nicht nur Termine bei Fachärzten vermitteln, wenn man dafür eine Überweisung hat. Vielmehr sollen sie auch bei der Suche nach einem Haus-

oder Kinderarzt unterstützen, der die Patienten dauerhaft versorgen kann. Eine Verbesserung des Zugangs zur medizinischen Versorgung für Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir im Übrigen auch dadurch erreichen, dass wir die Mindestsprechstundenzeit bei Ärzten von 20 auf 25 Stunden erhöhen.

Mit dem neuen Gesetz schaffen wir auch die Grundlage dafür, dass Patientinnen und Patienten auf ihre medizinischen Daten zugreifen zu können. Deshalb werden wir die gesetzlichen Krankenkassen verpflichten, ihren Versicherten spätestens ab dem Jahr 2021 eine elektronische Patientenakte zur Verfügung zu stellen.

Langfristig sollen Versicherte auch auf der elektronischen Patientenakte Informationen ablegen können, die sie für wichtig halten. Mit der elektronischen Patientenakte wollen wir zudem für eine bessere Vernetzung der unterschiedlichen Leistungsanbieter im Gesundheitssystem sorgen, indem wir die Datenübermittlung zwischen den unterschiedlichen Leistungserbringern erleichtern.

Natürlich müssen auch die Menschen, die auf dem Land leben, medizinisch gut versorgt sein. Wir wollen Ärzte, die in solche wirtschaftlich schwachen Räume aussiedeln, mit regionalen Zuschlägen besser vergüten. Die Bundesländer sollen die Möglichkeit erhalten, die Zulassungssperren für die Neuniederlassung von Ärzten in strukturschwachen Gebieten aufzuheben.

Weitere Chancen für eine bessere Versorgung auf dem Land sehen wir über das neue Gesetz hinaus auch in der Telemedizin. Gerade für immobile, ältere Patienten, hat sie den Vorteil, dass sie sich nicht mehr bei jeder Nachfrage oder Nachuntersuchung auf den Weg zu ihrem Arzt machen müssen. Vieles ist auch heute schon beispielsweise über eine Videosprechstunde möglich.

Weiter sollte verhindert werden, dass Patienten für einen Termin beim Spezialisten lange warten oder weite Strecken zurücklegen müssen. Hier können sogenannte Telekonsile Abhilfe schaffen. Zur Beurteilung eines Befunds können behandelnde Ärzte beispielsweise Röntgen- und CT-Aufnahmen über das Internet Experten an einer Uniklinik vorlegen. Denkbar sind auch mobile Arztpraxen oder dass die Kassenärztlichen Vereinigungen eigene Praxen einrichten.

